

Deutsche Emigration und Schweizer Neutralität im Ersten Weltkrieg

Autor(en): **Riesenberger, Dieter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **38 (1988)**

Heft 2

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-80995>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DEUTSCHE EMIGRATION UND SCHWEIZER NEUTRALITÄT IM ERSTEN WELTKRIEG

VON DIETER RIESENBERGER

Es ist noch weitgehend unbekannt, dass während des Ersten Weltkrieges zahlreiche Deutsche aus Protest gegen die Politik und die Kriegführung des Deutschen Reiches ihr Vaterland verliessen. Diese Emigranten mussten zwar nicht – und hier liegt der grundlegende Unterschied zur Emigration nach 1933 – unmittelbar um Leib und Leben fürchten¹. A. H. Fried, Mitbegründer der «Deutschen Friedensgesellschaft» und Friedensnobelpreisträger, der Konsul a.D. Hans Schlieben, der ehemalige Botschafter in London Fürst Lichnowsky, der frühere Krupp-Direktor Wilhelm Muehlon, die Schriftsteller Annette Kolb und René Schickele u.a. emigrierten auf eigenen Entschluss; dennoch kann man nicht von einer freien Entscheidung sprechen. Bereits im ersten Kriegsjahr verfügten die deutschen Militärbehörden² über genügend Möglichkeiten, etwa die Arbeitsbedingungen für Herausgeber von missliebigen Zeitschriften so zu erschweren, dass deren Lebensfähigkeit gefährdet war. So konnte die von Fried herausgegebene Zeitschrift «Die Friedenswarte» im Oktober 1914 noch ungehindert erscheinen. Am 28. November erhielt Fried jedoch die Nachricht, dass er beim Oberkommando der Marken die Manuskripte für die nächste Ausgabe seiner Zeitschrift vorzulegen habe³. Von den vorgesehenen achtzig Seiten wurden lediglich acht Seiten freigegeben⁴. Dennoch sträubte sich Fried dagegen, die Zeitschrift in der Schweiz erscheinen zu lassen: «Ich will nicht aus der Verbannung schreiben zum Gaudium des Auslandes. Obwohl die Art, wie in Berlin Zensur geübt wird, einen geradezu dazu zwingt»⁵. Wenn auch die Doppelnummer Januar/Februar 1915 von der Berliner Zensur auf ein Viertel des vorgesehenen Umfangs beschnitten wurde, konnte sich der Herausgeber immer noch nicht entschliessen, das Blatt «in der Schweiz erscheinen zu lassen. Es gehört nach Deutschland, und dort will ich es behaupten»⁶. Da die Schikanen der

1 M. KOROL (Hg.), Einleitung zu: Ernst Bloch, *Kampf, nicht Krieg. Politische Schriften 1917–1919*. Frankfurt 1985, S. 34.

2 Zur Entwicklung der Zensur vgl. K. KOSZYK, *Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg*. Düsseldorf 1968.

3 A. H. FRIED, *Mein Kriegstagebuch*, Bd. 1. *Das erste Kriegsjahr*. Zürich 1918, S. 203 (5. 12. 1914).

4 Ebda., S. 253 (28. 12. 1914).

5 Ebda., S. 234 (19. 12. 1914).

6 Ebda., S. 302 (28. 02. 1915).

Zensur weiter anhielten, war die Existenz der Zeitschrift ernsthaft gefährdet. Am 14. März 1915 erschien sie – jetzt unter dem Namen «Blätter zur zwischenstaatlichen Organisation», seit 1916 wieder unter ihrem ursprünglichen Namen – erstmals in Zürich⁷. Auch René Schickeles Zeitschrift «Die Weissen Blätter», die zu den wichtigsten Organen des politischen Expressionismus gehörte⁸, suchte Zuflucht im Schweizer Asyl. Die Entscheidung Frieds und Schickeles, mit ihren Zeitschriften in die Schweiz zu emigrieren, kam wahrscheinlich einem Verbot zuvor. Im September 1915 wurde die von Wilhelm Herzog herausgegebene Zeitschrift «Das Forum» für die Dauer des Krieges verboten⁹. Zeitungen und Zeitschriften, die sich im Krieg für eine Verständigung zwischen den Völkern einsetzten, hatten in Deutschland keinen Platz mehr. Aber auch in Frankreich stiessen die Versöhnungsbemühungen eines Romain Rolland auf so heftige Abneigung, dass der berühmte Schriftsteller sich in die Schweiz zurückzog.

Als sich Fried im Frühjahr 1915 dazu entschloss, in der Schweiz zu bleiben, bedeutete dieser Entschluss keinen Schritt in die Isolation; Fried war in der Schweiz wohlbekannt. Die von ihm herausgegebene «Friedenswarte» galt als die beste Zeitschrift der Friedensbewegung. Als Mitglied des Internationalen Friedensbüros in Bern, der Zentralstelle nationaler Friedensorganisationen, verfügte er über eine Vielzahl internationaler Kontakte. Er spielte bei den Vorbereitungen zur Gründung der «Zentralorganisation für einen dauernden Frieden» in den ersten Monaten des Jahres 1915 eine bedeutende Rolle¹⁰. Dankbar begrüßte die Schweizerische Friedensgesellschaft Frieds Angebot, sich für Vorträge zur Verfügung zu stellen¹¹. Allein zwischen dem 20. März und dem 6. April 1916 hielt er in Luzern, Zürich und Basel Vorträge über das Thema «Vom Weltfrieden zum Weltkrieg». Nicht ohne Stolz notiert er in seinem Tagebuch nach dem Vortrag in Basel: «Vollgefüllter grosser Saal; wohl fünfhundert oder sechshundert Personen»¹². Er war mit dem bekannten Nationalrat und Interparlamentarier J. A. Scherrer-Füllemann (1847–1927) befreundet; ihm widmete er den vierten Band seines Kriegstagebuches, «dargebracht in Freundschaft und gleichzeitig als bescheidenes Zeichen der Dankbarkeit des Verfassers für die Schweiz ...»¹³. Die von ihm herausgegebene Zeitschrift «Die Friedenswarte» konnte auch im Exil ihr hohes Niveau

7 Ebda., S. 321 (14. 03. 1915).

8 R. ROONY, «Die Weissen Blätter», in: *Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz*, hg. v. H. Donat / K. Holl. Düsseldorf 1983, S. 417.

9 L. WIELAND, «Das Forum», in: ebda., S. 124f.

10 Vgl. dazu allgemein E. ZEHLIN, «Die [Zentralorganisation für einen dauernden Frieden] und die Mittelmächte», in: *Jahrbuch für internationales Recht 11/1962*, S. 448–511.

11 In: *Der Friede. Monatszeitschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung*. Offizielles Vereinsorgan der schweizerischen Friedensgesellschaft. 23/1916, Nr. 6, S. 45.

12 A. H. FRIED, *Mein Kriegstagebuch*, 2. Bd., S. 238 (22. 3. 1916), S. 252 (7. 4. 1916).

13 S. die Widmung in Bd. 4 des *Kriegstagebuchs*, in der er den Nationalrat als «Schweizer Vorkämpfer der Friedens- und Völkerbundidee» bezeichnet.

halten. In ihr veröffentlichten nicht nur in der Schweiz lebende Deutsche wie der Journalist H. Fernau, der Romancier E. Stilgebauer, der Pädagoge und Philosophieprofessor Fr. W. Foerster oder der jüngste Sohn des ehemaligen Reichskanzlers von Hohenlohe-Schillingsfürst, sondern auch die Völkerrechtswissenschaftler A. Giesswein (Ungarn) und H. Lammasch (Österreich), der französische pazifistische Schriftsteller Romain Rolland, der holländische Friedenspolitiker de Jong oder die Schwedin Ellen Key¹⁴. Die «Friedenswarte» hielt aber auch Kontakt mit Deutschland. Sie berichtete über verständigungs- und friedenswillige Personen und Gruppen, über die Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hatten; sie druckte auch Beiträge der Reichstagsabgeordneten Georg Gotheim und Eduard Bernstein ab, die der Friedensbewegung nahestanden¹⁵. Bei aller Kritik waren die Aufsätze, Kommentare und Berichte nie polemisch oder gar böse; dennoch wurde der Bezug der «Friedenswarte» in Deutschland verboten. Die gemässigte Tonart gab nicht einmal der Gesandtschaft des Deutschen Reiches in der Schweiz Gelegenheit, bei der seit 1915 bestehenden Presskontrollkommission unter Berufung auf die schweizerische Neutralitätserklärung Einspruch gegen die von Fried herausgegebene Zeitschrift einzulegen. Nach der Verordnung des Bundesrates vom 3. Juli 1915 zur Wahrung der Schweizerischen Neutralität konnte derjenige mit Gefängnis und/oder mit einer Geldstrafe belegt werden, der «öffentlich in Wort oder Schrift, in Bild oder Darstellung ein fremdes Volk, dessen Staatsoberhaupt oder dessen Regierung in der öffentlichen Meinung herabwürdigt oder dem Hasse oder der Missachtung preisgibt ...». Diese Bestimmung bildete auch den Kern der Verordnung über die Einrichtung einer Presskontrollkommission, die gegen neutralitätswidrige Druckerzeugnisse aus dem Auslande einschreiten konnte. Fried würdigte diese Massnahme als beispielhaft für ein «Abkommen zur Bekämpfung der Förderung des Fremdenhasses durch die Presse», die es verdiente, in einen «künftigen Friedensvertrag» aufgenommen zu werden¹⁶. Die deutsche Presse aber beschimpfte Fried trotz seiner gemässigten Haltung und Tonart als einen Verräter, der aus seinem sicheren Unterschlupf «ungestört seine gift-getränkten Pfeile gegen Deutschland im Namen des Pazifismus» schleuderte; sie warnte ihn vor dem Glauben, er könne sich je wieder «in Wien oder Berlin auf der Strasse» sehen lassen¹⁷. Für Fried und seine Freunde war es von grösster Bedeutung, dass die «Neue Zürcher Zeitung», eine der führenden deutschsprachigen Zeitungen der Schweiz, sich ihnen öffnete. Im März 1915 kamen erstmals Fried, im Mai 1915 O. Nippold und R. Said-Ruete zu Wort; im Juni 1916 publizierte erstmals Fr. W. Foerster in dieser angesehe-

14 S. die Inhaltsverzeichnisse der *Friedenswarte* der Jahrgänge 1916–1918.

15 Vgl. die *Friedenswarte* 18/1916, S. 243; 19/1917, S. 33.

16 A. H. FRIED, *Mein Kriegstagebuch*, 1. Bd., S. 444 (3. 7. 1915).

17 (Anon.), «Versöhnlichkeit», in: *Deutsche Tageszeitung* vom 14. 7. 1916, S. 1; – die Zeitung war das Sprachrohr des Grafen Reventlow.

nen Zeitung. Fried hat «ihre Linie massgeblich beeinflusst. Sein Edelmut und ein ungebrochener Idealismus ... trugen wesentlich dazu bei, dass das Zürcher Blatt, über die nationalen Egoisten hinweg, das humanitäre Postulat einer zwischenstaatlichen Organisation, die den bewaffneten Konflikt ausschliessen, vertrat»¹⁸. Der Leiter der Aussenstelle des deutschen Kriegspressamtes charakterisierte die «Neue Zürcher Zeitung» denn auch als «Sprachrohr bekannter Pazifisten. Sucht aussenpolitisch scheinbar neutral, d.h. einigermassen partei- und farblos zu sein, ohne Ententeneigungen verbergen zu können»¹⁹. Nicht weniger wichtig war die Bereitschaft des Zürcher Verlages Orell-Füssli, die Schriften der deutschen Emigranten zu betreuen. In diesem Verlag erschienen die Broschüre von H. Fernau «Gerade weil ich Deutscher bin» und die Aufsatzsammlung «Vom Weltfrieden zum Weltkrieg» von Fried (1915). Im Frühjahr 1918 veröffentlichte Wilhelm Muehlon bei Orell-Füssli seine Tagebuchaufzeichnungen unter dem Titel «Die Verheerung Europas», die von Hindenburg als «schamloseste Verleumdung deutschen Wesens» bezeichnet wurden²⁰. W. Muehlon, von Fr. W. Foerster 1916 in die pazifistische Berliner «Vereinigung Gleichgesinnter» eingeführt²¹, wurde nach seiner Emigration ein Mittelpunkt deutscher Oppositioneller in der Schweiz; Fried widmete ihm den dritten Band seines Kriegstagebuches. Bei Orell-Füssli erschienen schliesslich «Die Friedenswarte», die Reihe «Internationale Organisation» und die von Ernest Bovet herausgegebene Zeitschrift «Wissen und Leben», die in der Diskussion um die Neutralitätsproblematik eine entscheidende Rolle spielte; A. H. Fried, H. Fernau, E. Stilgebauer, R. Waid-Ruete und W. Muehlon traten auch in dieser Zeitschrift hervor. In der welschen Schweiz kam dem Lausanner Verlag Payot für die deutschen Emigranten eine ähnliche Bedeutung zu wie Orell-Füssli in der deutschsprachigen Schweiz. Im Jahre 1915 erschien bei Payot die anonyme Schrift «J'accuse», deren anonymen Verfasser – es war der Pazifist und Journalist R. Grelling – den deutschen «Führern und Herrschern» vorwarf, das deutsche Volk bewusst vernebelt zu haben, um es «in einen Krieg hineinhetzen zu können»²². Diese Schrift hat nach dem Weltkrieg nicht nur «die Haltung grosser Teile der deutschen Friedensbewegung zur Kriegsschuldfrage von 1914» geprägt²³, sondern schon während des Krieges die Neutralitätsdiskussion in der Schweiz indirekt beeinflusst. Allein in der Schweiz wurden innerhalb kurzer Zeit 20 000 Exemplare dieser Anklageschrift ver-

18 G. A. Lang. *Die Kontroverse um Kriegsursachen und Friedensmöglichkeiten 1914–1919 im Rahmen der «Neuen Zürcher Zeitung»*. Zürich 1968, S. 43.

19 Zit. n. G. A. LANG, a.a.O., S. 23.

20 W. BENZ, *Der «Fall Muehlon» – Bürgerliche Opposition im Obrigkeitsstaat während des Ersten Weltkrieges*, in: *VjhZg* 18/1970, S. 360.

21 Vgl. K. HOLL, «Die [Vereinigung Gleichgesinnter]. Ein Berliner Kreis pazifistischer Intellektueller im Ersten Weltkrieg», in: *Archiv für Kulturgeschichte* 54/1972, S. 364–384.

22 *J'accuse!*, von einem Deutschen. Lausanne 1915, S. 354.

23 H. DONAT, J. GRELLING, in: *Die Friedensbewegung*, S. 163.

kauft. Ähnlich wie Orell-Füssli verlegte auch der Verlag Payot zahlreiche Beiträge zum Neutralitätsproblem. Die Aktivitäten beider Verlage erregten Ärger bei den deutschen Behörden. Das Berliner Kriegsministerium wurde davon unterrichtet, dass Payot «in glänzendem Deutsch geschriebene Broschüren, Flugschriften und historische Arbeiten» herstellte und «die ganze Stadt» mit ihnen überschwemmte; sie enthielten «nur Gutes über die Entente und nur Schlechtes über Deutschland, alles in geschickter und verdeckter Form, um dauernd die Stimmung gegen Deutschland zu beeinflussen»²⁴. Den Vertrieb von Druckerzeugnissen aus dem Verlag Orell-Füssli in Deutschland unterband die Oberzensurbehörde des Kriegsammtes beim Kriegsministerium selbst dann, wenn man gegen sie keine Einwände hatte, da – wie Philipp Scheidemann in seiner Eingabe feststellte – der Verlag als solcher «getroffen werden sollte. Der Füssli'sche Verlag bringt bekanntlich auch Drucksachen heraus, die mehr der Entente als unseren Interessen dienen»²⁵. Die Deutsche Gesandtschaft in Bern beschuldigte Orell-Füssli, im Dienst der englischen Regierung zu stehen²⁶. Die deutschen Diplomaten in der Schweiz waren offensichtlich in einem Freund-Feind-Denken befangen, das sie bedenkenlos auch auf ihre Umgebung übertrugen. Entsprechend diesem Denkschema musste auch Fried sich «im Bannkreis der Entente» befinden²⁷, da er die deutsche Politik und Kriegführung kritisierte. Immerhin hat man es nicht gewagt, Fried zu beschuldigen, er habe sich von der Entente kaufen lassen. Die deutschen Diplomaten mussten sich eingestehen, dass gegenüber Fried, dem «fleissige(n), in seiner Art sehr fähige(n) Herausgeber der Friedenswarte, österreichischer Staatsangehöriger (Jude!)» und gegenüber dem «umfassenden, den Eindruck des Organisierten machenden Wirken der deutschen Pazifisten in der Schweiz und in Schweizer Zeitungen» die «nationalen Deutschen» nur wenig entgegensetzen konnten, da alle Zeitungen, die «nicht von uns gekauft sind», der Entente zuneigten²⁸. Versuche, die von Grelling erhobenen Vorwürfe zu entkräften und die Glaubwürdigkeit Frieds zu erschüttern, wirken ausgesprochen hilflos.

Im Jahre 1917 erschien in Basel eine Broschüre, die sich ausführlich mit Fried, den man «sicher als die führende Persönlichkeit der deutsch-österreichischen Friedensbewegung» bezeichnen dürfe, auseinandersetzte; Frieds

24 Aufzeichnungen des Kriegsministeriums vom 16. 1. 1916, Anlage: «Bericht über die Stimmung in der Schweiz»: AA/PA (Bonn) – Schweiz 58, Beziehungen zu Deutschland, Bd. 3.

25 Eingabe PH. Scheidemanns an die Oberzensurbehörde vom 1. 6. 1918: AA/PA (Bonn) – Schweiz 58, secr. Beziehungen zu Deutschland, Bd. 2.

26 Bericht der Gesandtschaft Bern an das AA vom 7. 9. 1918, Anlage (Aufzeichnungen über ein Gespräch mit einem Vertrauensmann): AA/PA (Bonn) – Schweiz Ie, Bd. 2 (Deutschfeindliche Propaganda in der Schweiz).

27 Bericht der Gesandtschaft an das AA vom 19. 12. 1917: AA/PA (Bonn) – Acta der Berner Gesandtschaft, Pazif. I, II, 216.

28 Undatierte Aufzeichnung aus dem Jahre 1918: AA/PA (Bonn) – Schweiz 58, Beziehungen zu Deutschland, Bd. 7.

Veröffentlichung «Europäische Wiederherstellung» galt dem Verfasser dieser Broschüre neben R. Goldscheids Buch «Deutschlands grösste Gefahr» als die «beachtenswerteste pazifistische Publikation in der Kriegszeit»²⁹. Der Autor dieser Anti-Fried-Broschüre warf dem emigrierten Pazifisten «Teilnahmelosigkeit in den schwersten vaterländischen Nöten» vor, verurteilte den «Auslandschauvinismus unserer Pazifisten» und charakterisierte Friedens Eintragungen in sein Kriegstagebuch – sie erschienen fortlaufend in den Heften der «Friedenswarte» – als «das klassische Zeugnis dieses erstarrten Pazifismus, dieses lebendigen Leichnams»³⁰. Unbeholfen wirkt der Vorschlag der deutschen Gesandtschaft, den Publikationen Grellings dadurch entgegenzutreten, dass man in der deutschen Presse einen Artikel aus der «Appenzeller Zeitung» verbreiten solle, in dem Grellings Schriften «J'accuse» und «Das Verbrechen» als typische Produkte von Deutschen vorgestellt wurden, die sich «der Entente für ihren Propagandadienst zur Verfügung gestellt haben und von der Schweiz als einem sicheren Hort aus ihr Ursprungsland auf alle nur erdenkliche Weise mit Schmutz zu bewerfen suchen. Für derartige Existenzen, die ihrem Lande in der Zeit der höchsten Not in den Rücken schiessen, ist denn auch unser Asylrecht und unser reiner Schweizerboden zu gut, und jeder, der es mit der Neutralität wirklich ernst meint, hätte es schon längst gerne gesehen, wenn man diesen Leuten nachgespürt und sie auf dem kürzesten Weg über die Grenze befördert hätte»³¹. Es ist offensichtlich, dass die unterschiedliche Haltung gegenüber den deutschen Emigranten mit einem unterschiedlichen Neutralitätsverständnis zusammenhing. Unstrittig war zwar das Prinzip der bewaffneten Neutralität, das der Bundesrat bei Kriegsausbruch verkündet hatte. Dennoch trat zwischen der deutsch-sprachigen und der welschen Schweiz eine Entfremdung ein, die in der Literatur als «Graben» bekannt ist. Die deutsch-freundliche Ostschweiz glaubte in der Westschweiz eine anti-deutsche und auch gegen die deutschsprachige Schweiz gerichtete Grundstimmung feststellen zu können. Die Schriftenreihe «Stimmen im Sturm aus der deutschen Schweiz» beschuldigte die Westschweiz, von der Neutralität abzuweichen und zu versuchen, die Schweiz zu einer «einseitigen Stellungnahme gegen das uns von jeher befreundete deutsche Reich und das stammverwandte Volk zu veranlassen»³². Hinter dieser Schriftenreihe stand der «Deutschschweizerische

29 M. SEBER, *Die Schicksalsstunde des Pazifismus*. Basel 1917, S. 28. – A. H. Frieds Buch *Europäische Wiederherstellung* erschien im Jahre 1915 bei Orell und Füssli; R. Goldscheids Buch erschien 1916 in Berlin; zu R. Goldscheid, der mit Fried eng befreundet war, vgl. F. FELLNER, in: *Die Friedensbewegung*, S. 160f.

30 Ders., a.a.O., S. 48, S. 49, S. 55.

31 Bericht der deutschen Gesandtschaft vom 10. 7. 1918 und als Anlage ein Exemplar der «Appenzeller Zeitung» vom 5. 7. 1918: AA/PA (Bonn) – Akten der Berner Gesandtschaft, Schweiz Ie, Bd. 2 (Deutschfeindliche Propaganda in der Schweiz).

32 Vgl. die Anzeige in den Schriften der «Stimmen im Sturm».

Sprachverein», der vehement für das Deutschtum in der Schweiz eintrat³³. Die Tatsache, dass sowohl der Sohn des Oberbefehlshabers der Schweizerischen Armee als auch der Sohn des Generalstabschefs dem Kreis um die «Stimmen im Sturm» angehörten³⁴, musste die welsche Schweiz alarmieren und das Misstrauen der Westschweiz in die von Deutschschweizern beherrschten Bundesbehörden verstärken. Die Westschweiz wiederum, den aufklärerischen Ideen von 1789 und der französischen Kultur eng verbunden, warf den Deutschschweizern eine unkritische Sympathie mit dem Deutschen Reich und eine Missachtung rechtlich-moralischer Prinzipien vor. Tatsächlich ist unbestritten, dass die deutschsprachige Schweiz die organisatorische und militärische Leistungskraft des Deutschen Reiches bewunderte, am undemokratisch-feudalistischen Charakter Deutschlands kaum Anstoss nahm und die Verletzung der belgischen Neutralität eher zurückhaltend verurteilte. Der anfänglich «sprachnationaler Gegensatz» wandelte sich bald in einen «ideologischen Gegensatz»³⁵, der zusätzlich dadurch verschärft wurde, dass die Schweiz zum wichtigsten «Aufmarschgebiet für die Propaganda» und zum «Mittelpunkt aller Intrigen, ein wahres Schlachtfeld des Geistes» wurde³⁶. Der ideologische und weltanschauliche Gegensatz zwischen den Mittelmächten und der Entente, der im Verlauf des Krieges immer deutlicher hervortrat, stellte die innerschweizerischen Gegensätze in den Zusammenhang der weltweiten Auseinandersetzung: «Man entdeckte an Männern und in Entwicklungen des Schweizer Staates Züge, die man entweder den Zentralmächten oder der Entente vorzuwerfen gewohnt war: den disziplinarischen Obrigkeitsstaat, der die Freiheit erstickte, oder den alles zerstörenden Individualismus, dem Genuss und Profit alles, Unterordnung unter eine Idee und die Rechte des Ganzen aber nichts bedeutet»³⁷.

Der Bundesrat erkannte die Gefahren, die von den heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Sprachregionen für die Geschlossenheit des schweizerischen Volkes ausgingen, schon sehr bald. Im «Aufruf an das Schweizervolk» vom 1. Oktober 1914 forderte er dazu auf, alles zu unterlassen, was die «in den Krieg verwickelten Staaten verletzt, und eine einseitige Stellungnahme zu vermeiden»; er beschwor das Ideal einer «über Rassen und Sprachen stehenden Kulturgemeinschaft»³⁸. Die «Neue Helvetische Gesellschaft»

33 Vgl. E. STEINER, *Wesen und Ursprung der «Stimmen im Sturm»*. Zürich 1916, S. 48; auch diese Schrift erschien im Verlag Orell und Füssli.

34 Ebda., S. 126.

35 P. ALEMANN, *Die Schweiz und die Verletzung der belgischen Neutralität im Weltkrieg 1914*. Buenos Aires 1945, S. 33f.

36 H. THIMME, *Weltkrieg ohne Waffen*. Stuttgart/Berlin 1932, S. 52.

37 R. SOIRON, *Der Beitrag der Schweizer Aussenpolitik zum Problem der Schweizer Aussenpolitik am Ende des Ersten Weltkrieges*. Basel/Stuttgart 1973, S. 7.

38 P. ALTMANN, a.a.O., S. 37f.

wies dagegen darauf hin, dass gerade die bei Kriegsbeginn aufgebrochenen kulturellen, sprachlichen und ethnischen Gegensätze die Fragwürdigkeit einer Neutralitätskonzeption erwiesen hätten, die sich auf die Grundlage einer «Kulturgemeinschaft» berufe. Sie konnte sich dabei auf J. C. Bluntschli beziehen, der die Einheit des Schweizervolkes in seiner freiheitlichen Tradition und in seiner republikanischen Gesinnung begründet sah³⁹. O. Nippold, anerkannter Völkerrechtswissenschaftler, der schon vor dem Krieg als scharfer Kritiker der deutschen Machtpolitik hervorgetreten war, stellte von dieser historischen und moralisch-politischen Standortbestimmung aus die Frage nach Inhalt und Grenzen der Neutralität. Der Respekt vor allen kriegsführenden Völkern als Ausdruck neutralen Verhaltens dürfe nichts daran ändern, dass es «Dinge gibt, die der moderne Mensch sich unter keinen Umständen rauben lassen darf, am wenigsten der Bürger eines freiheitlichen und demokratischen Staatswesens, wie es unsere Schweiz ist. Diese Dinge sind das Streben nach Wahrheit und das Streben nach Gerechtigkeit. Für diese moralischen Güter einzutreten, dürfen wir uns niemals und unter keinen Umständen nehmen lassen»⁴⁰. In diesem Neutralitätsverständnis, das für jeden Schweizer – unabhängig von sprachlich-kultureller Verbundenheit oder sonstigen Verbindungen – bindend sein müsse, erkannte O. Nippold für die Schweiz die einzig mögliche einheits- und identitätsstiftende Kraft. Der schweizerische Theologe und Pazifist L. Ragaz nannte die Konsequenz: «Wer der drohenden Zermalmung des republikanischen Frankreich ruhig, ja mit Freuden zusehen kann, wer keinen Protest gegen das belgische Unrecht (sic!) ..., sondern eher das Gegenteil, wer sich an der Siegesherrlichkeit der Hohenzollern und anderer Potentaten berauscht ..., wer dem Sieg über die Demokratie zujubelt, den halte ich für keinen Schweizer mehr»⁴¹. L. Ragaz rief vor allem die Deutschschweizer zur Selbstbesinnung auf, denen er vorwarf, eine «deutsche Provinz geworden zu sein. Keine Spur von einem selbständigen, schweizerischen Urteil, einem republikanischen Empfinden; selbstverständliche Annahme der deutschen Kriegslegende; blinde Begeisterung für die Zentralmächte ...»⁴². Bei diesen Bemühungen um die Klärung des Neutralitätsverständnisses spielte die zweisprachige Zeitschrift «Wissen und Leben» eine wichtige Rolle. Ihr Herausgeber E. Bovet sah die welthistorische Dimension des Krieges darin, dass er «über die Richtungen der menschlichen Kultur, über Aristokratie oder Demokratie, über Macht und Recht (entscheidet); in der Entwicklung der Menschheit ist er ein ebenso grosses, entscheidendes Ereignis wie das Christentum, die Renaissance und die Revolution von 1789. Nach diesem Krieg beginnt eine neue Epoche,

39 R. SOIRON, a.a.O., S. 22, S. 18.

40 O. NIPPOLD, *Neutrale Pflichten und nationale Aufgaben*, Zürich 1916, S. 8f.

41 L. RAGAZ, «Worum handelt es sich? Ein letztes Wort», in: *Wissen und Leben* 17/1916–17, S. 47.

42 Ebda., S. 46f.

entweder des Maschinismus oder der Freiheit»⁴³. In der deutschsprachigen Schweiz stiess diese ideologisch-politische Wertung auf erbitterten Widerspruch. Die «Stimmen im Sturm» warfen der «Neuen Helvetischen Gesellschaft» – von ihr war die Forderung nach einer Rückbesinnung der Schweiz auf ihre historischen Traditionen und moralischen Grundsätzen ausgegangen – vor, sie sei «ein zur Bekämpfung des Deutschtums in der Schweiz gegründetes Unternehmen» und suche die Verbindung der verschiedenen Landesteile «auf Kosten der deutschen Schweiz zu verwirklichen»⁴⁴. Die deutsche Gesandtschaft glaubte gar nachweisen zu können, dass die «Neue Helvetische Gesellschaft» von der Entente finanziert werde⁴⁵.

In der Neutralitätsdiskussion wurde das interessante Wagnis unternommen, staatliche Neutralität als Maxime aussenpolitischen Verhaltens mit staatsbürgerlicher Parteilichkeit in Übereinstimmung zu bringen – Parteilichkeit verstanden als unmissverständliches Festhalten an grundsätzlichen Einsichten und überlieferten Werten. Das Bekenntnis zu Demokratie und Völkerrecht als Ergebnis eines schon fast aufgezwungenen Selbstfindungsprozesses musste zu einer Distanzierung von der Machtpolitik des Deutschen Reiches führen. Es wäre jedoch falsch, daraus auf eine Übernahme der Entente-Propaganda zu schliessen, wie von deutschfreundlichen Kreisen in der Ostschweiz und von der deutschen Gesandtschaft unterstellt wurde. Der moralisch-politischen Position, von der «Neuen Helvetischen Gesellschaft» argumentativ entwickelt, konnte die deutschfreundliche Ostschweiz inhaltlich wenig entgegensetzen. Dieser nationalen Erneuerungsbewegung schlossen sich nicht nur die welsche Schweiz, sondern auch die «Schweizerische Friedensgesellschaft» – in der deutschsprachigen und welschen Schweiz gleichstark vertreten⁴⁶ – und liberaldemokratische Kräfte in der Ostschweiz wie der Verlag Orell-Füssli oder die «Neue Zürcher Zeitung» an. Die nationale Erneuerungsbewegung in der Schweiz war somit die Voraussetzung dafür, dass die deutschen Emigranten publizistisch wirksam werden konnten; umgekehrt aber übten «jene Reichsdeutschen, welche sich in wachsender Zahl in unserem und in anderen neutralen Ländern etablieren», mit ihrer Kritik an der deutschen Machtpolitik einen «nicht zu unterschätzenden Einfluss» auf einen Stimmungsumschwung in der deutschsprachigen Schweiz aus⁴⁷. Ein durchaus national denkender, aber auch kritischer Reichsdeutscher, der sich seit 1917 in der Schweiz aufhielt, schilderte in seinem Tagebuch das Ausmass dieses Stimmungsumschwungs: «Zu Beginn des

43 E. BOVET, in: *Wissen und Leben* 18/1917, S. 377.

44 E. STEINER, a.a.O., S. 34, S. 57.

45 Notiz der P.-Abteilung der deutschen Gesandtschaft vom 8. 9. 1918: Die NHG besorge die «Geschäfte der Entente»: AA/PA (Bonn), WK-Schweiz Ie, Bd. 2 (Deutschfeindliche Propaganda in der Schweiz).

46 *Der Friede* 23/1916, H.6, S. 45.

47 P. ALEMANN, a.a.O., S. 130.

Krieges mochten in der Ostschweiz ungefähr 75 Prozent der Bevölkerung auf Seiten der Mittelmächte gewesen sein. Im Frühjahr 1917 waren davon vielleicht noch 40 Prozent deutschfreundlich, weitere 40 Prozent waren neutral, 20 Prozent aber waren Anhänger der Entente. Schon damals hatte sich das Sympathieverhältnis langsam aber sicher und meist durch unsere eigene Schuld zugunsten der Westmächte verschoben. Das Schicksal Belgiens und unsere Gewaltmassregeln daselbst, das geschickte Operieren der Ententediplomatie ... hatte uns starken Abbruch getan. Man konnte da wirklich von desillusionierten Deutschfreunden sprechen. Es spielte auch so manches andere herein, wie, um nur eines zu erwähnen, die preussische Wahlrechtsfrage, die uns unendlich viel mehr Einbusse an Zuneigung gekostet hat, als man gemeiniglich glauben möchte⁴⁸. Dieser Umschwung der Sympathien wurde durch die «Freie Zeitung», die seit Frühjahr 1917 von einer Gruppe radikaldemokratischer Emigranten herausgegeben wurde, zweifellos beschleunigt.

Im Juli 1916 konstituierte sich in Bern unter Führung des ehemaligen deutschen Konsuls Hans Schlieben eine «Vereinigung der deutschen Republikaner in der Schweiz». Das politische Ziel dieser Gruppierung war der Sturz der Monarchie in Deutschland und die Errichtung einer föderativen Republik⁴⁹. Bei der Gründungsversammlung war auch Friedrich von Lama, Sohn des bekannten katholischen Publizisten Karl von Lama aus München, anwesend⁵⁰. Den ursprünglichen Plan, eine deutsche Zeitung herauszugeben, liess man wohl wegen absehbarer Schwierigkeiten mit der Presskontrollkommission wieder fallen, so dass die «Freie Zeitung» presserechtlich gesehen als eine schweizerische Zeitung unter dem leitenden Redakteur Siegfried Streicher (Basel) gegründet wurde; seit dem 14. April 1917 erschien sie jeden Mittwoch und Freitag. Ihre bekanntesten Mitarbeiter waren R. Grelling, E. Stilgebauer, K. L. Krause, H. Rösemeier, E. Bloch und H. Ball; Fr. W. Förster und H. Fernau zogen sich nach einigen Monaten der Zusammenarbeit wieder zurück. Die «Freie Zeitung» bekannte sich offen zur Entente. Im Geleitwort zur ersten Ausgabe trat sie ein für die «Prinzipien der demokratisch-republikanischen Völkerrechte, die von der grossen französischen Revolution proklamiert, theoretisch zwar den Grundstein unseres schweizeri-

48 W. VON RUMMEL, *Sünden. Aus meinem Schweizer Tagebuch*. München 1919, S. 27.

49 Zum Selbstverständnis und zum Programm der «Freien Zeitung» vgl. L. WIELAND, «Emigranten und Revolution. – Die deutsche Revolution von 1918 im Spiegel der [Freien Zeitung]», in: *Von der freien Gemeinde zum föderalistischen Europa*. Festschrift zum 80. Geburtstag von A. Gasser, hg. von Esterbauer u.a. Berlin 1983.

50 Bericht der Schweizerischen Bundesanwaltschaft über Massnahmen gegen die «Freie Zeitung» vom 13. 8. 1917 an den Chef des Polit. Dep., S. 7: Bundesarchiv Bern 27/13892, Bd. 3 (Fasz. H. Rösemeier). – In diesem Bericht wird eine Hausdurchsuchung vom 13. 7. 1916 bei Friedrich von Lama wegen verbotenen Nachrichtendienstes erwähnt. Dabei fand sich das Tagebuch, aus dem die Informationen über die Gründungsversammlung dieser Republikanischen Vereinigung stammen.

schen Staatswesens bilden, in der Praxis aber weder bei uns noch anderswo in die politischen Sitten übergegangen sind. Der Weltkrieg ... ist ein Krieg gegen Autokratie und Despotismus, gegen Gottesgnadentum und dynastische Regierungsmethoden. Nicht Völker werden also in ihm besiegt werden, sondern Regierungssysteme, die nicht mehr in unsere Zeit gehören»⁵¹. Trotz dieser Differenzierung zwischen Völkern und Regierungssystemen bewirkte das eindeutige Bekenntnis zu den Zielen der Entente, dass die «Freie Zeitung» von Anfang an auch bei den schweizerischen Behörden in den Verdacht geriet, ein von den Ententemächten abhängiges und finanziertes Presseorgan zu sein. Bei einer Vernehmung durch die Bundesanwaltschaft im August 1917 erklärte der Redakteur Streicher, die Kosten würden aus den etwa 7000 Abonnements und von Gönnern bestritten: «Es gingen uns durch Gönner früher viele Gelder zu und auch noch heute.» Der untersuchende Polizeibeamte stellte fest, dass es keine geregelte Buchführung gab, dass über den Eingang der Spenden und auch über die Bezahlung des leitenden Redakteurs keine Unterlagen existierten. Es sei «zum mindesten sehr auffallend», dass die Überweisungen an die Druckerei durch die Redaktionssekretärin erfolgten: «Es muss eine dritte Person irgendwo sein, die diese Finanzgeschäfte leitet»⁵². Der Umstand, dass der Rechtsbeistand der «Freien Zeitung», der Berner Rechtsanwalt Dr. A. Brüstlein, im Mai 1918 wegen «verbotenen Nachrichtendienstes zugunsten Frankreichs» verurteilt wurde, musste die Zweifel an der Unabhängigkeit der Zeitung verstärken⁵³. So finanzierte der Mitarbeiter der «Freien Zeitung» S. Balder seine Broschüre «Deutschlands Gegenwart und Zukunft» mit Geldmitteln der Entente⁵⁴, und H. Rösemeier erhielt sowohl aus Frankreich als auch aus Deutschland kleinere Geldbeträge⁵⁵. Trotz der zweifellos etwas undurchsichtigen Hintergründe wäre es jedoch nach wie vor verfehlt, von «irgendeiner grossen Bestechung oder Käuflichkeit der Emigration zu reden»⁵⁶. Die finanzielle Unterstützung durch die Entente galt offensichtlich nur der Sache selbst; die Mitarbeiter der «Freien Zeitung» lebten in bescheidenen, meist ärmlichen Verhältnissen.

Der kompromisslose Kampf der «Freien Zeitung» gegen die deutsche Regierung erregte innerhalb der Schweiz und auch im Deutschen Reich selbst

51 Geleitwort. «Freie Zeitung» vom 14. 4. 1917.

52 Bericht der Bundesanwaltschaft vom 13. 8. 1917. S. 12–15: BA (Bern) 27/13892, Bd. 3 (Fasz. H. Rösemeier).

53 H. THIMME, a.a.O., S. 63.

54 Vgl. S. BALDER, *Deutschlands Gegenwart und Zukunft*. Olten 1918, S. 50, Anm.: «Es ist traurig, aber vorläufig nicht zu ändern, dass deutsche Patrioten die Hilfe der Entente in Anspruch nehmen müssen, um zum deutschen Volk zu sprechen.»

55 Zu den Geldmitteln aus Frankreich vgl. den Bericht an das Polizeikommando des Kantons Bern vom 13. 1. 1917; zu den Geldmitteln aus Deutschland vgl. das Schreiben der Schweizerischen Bundesanwaltschaft vom 4. 4. 1917 an den a.o. Bundesanwalt Prof. W. Burckhardt, beide in: BA (Bern) 27/13892, Bd. 3 (Fasz. H. Rösemeier).

56 H. THIMME, a.a.O., S. 99.

grosses Aufsehen. Die «Münchener Neusten Nachrichten» hielten die «Mitwirkung deutscher Publizisten an der Hetzarbeit der Feinde» für die unerträglichste Form der Entente-Propaganda und warfen der «Freien Zeitung» eine besonders raffinierte Form der antideutschen Propaganda vor: «Wenn z.B. eine [unabhängige] Zeitung sich als Organ deutscher Demokratie gibt, um für die demokratischen Ideale zu werben, so wird sie zunächst in einem demokratischen Lande einen gewissen Widerhall finden. Es ist also ganz klug, sich als [Freie Zeitung] und als [Vorkämpferin der Demokratie] aufzutun. Ein solches Organ erscheint zurzeit in Bern. Durch eine sehr geschickte Reklame hat sich diese sogenannte [Freie Zeitung] ziemlich rasch einen breiten Leserkreis geschaffen. Sie verfügt offenbar über reichliche Geldmittel ...»⁵⁷. Sehr wahrscheinlich stand mit diesem Artikel eine Zuschrift des Zürcher Vertreters der «Frankfurter Zeitung» an die Berner Tageszeitung «Der Bund» vom 1. August 1917 in Zusammenhang, in dem indirekt die «Freie Zeitung» beschuldigt wurde, eine gefälschte Ausgabe der «Frankfurter Zeitung» hergestellt zu haben: «Den Leitartikel des Falsifikats schrieb Hermann Fernau, der Spiritus Rector der [Freien Zeitung] in Bümplitz»⁵⁸. Obwohl H. Fernau und H. Rösemeier erklärten, mit der Fälschung nichts zu tun zu haben, wurde von der Bundesanwaltschaft «wegen des neutralitätswidrigen Verhaltens der beiden und der mit ihnen in Verbindung stehenden Ausländer» eine Untersuchung gegen die «Freie Zeitung» eingeleitet. Die Untersuchung bestätigte, dass die Zeitung an der Fälschung nicht beteiligt war. Aufschlussreich sind die im Untersuchungsbericht der Bundesanwaltschaft enthaltenen Kommentare. Die Mentalität der Mitarbeiter der «Freien Zeitung» erinnere «mitunter an die Geistesverfassung jener Particularisten, die nach der Schlacht bei Sedan Tränen vergossen, weil die Preussen nicht Schläge bekommen hatten». Abschliessend stellte die Bundesanwaltschaft fest: «Wir sind auch heute noch der Ansicht, dass die zurzeit in unserem Lande von Deutschen gegen Deutsche betriebene Propaganda als neutralitätswidrig zu betrachten und daher zu unterdrücken sei. Zu dieser unzulässigen Propaganda rechnen wir auch – trotz ihres demokratischen Gebahrens ... – das Verhalten der [Freien Zeitung] und ihrer Hintermänner»⁵⁹. Während sich die deutschsprachige Presse zurückhielt, rief das Verhalten der Bundesanwaltschaft in der Westschweiz helle Empörung hervor⁶⁰. Das rigorose Vorgehen der Bundesanwaltschaft wurde von Bundesrat Ador, seit Mitte 1917 als Nachfolger Hoffmanns Leiter des Politischen Departements, missbilligt. Er warf der Bundesanwaltschaft vor, sie halte es bereits für einen

57 (Anon.), «Deutsche Agenten der Entente», in: *Münchener Neueste Nachrichten* vom 28. 7. 1917, S. 1.

58 Bericht der Schweiz. Bundesanwaltschaft vom 13. 8. 1917, S. 17f.: BA (Bern) 27/13892, Bd. 3 (Fasz. H. Rösemeier).

59 Ebda.

60 Vgl. die Sammlung von Presseanzeigen in: BA (Bern) 27/13777 (Fasz. «Freie Zeitung»).

Verstoss gegen die Neutralität, wenn von Deutschen eine Zeitung mit rein demokratischer Tendenz in der Schweiz betrieben werde: «Le soussigné ne partage pas cette opinion. Il estime qu'on peut, en Suisse, discuter librement des principes et des idées qui correspondent à nos sentiments démocratiques, sans être pour cela accusé de manquer aux devoirs de la neutralité»⁶¹. Der Schweizer Bundesrat stellte in einem offiziellen Beschluss nicht nur fest, dass die «Freie Zeitung» an der Fälschung der «Frankfurter Zeitung» unbeteiligt sei, sondern verfügte, dass «in Zukunft im Hinblick auf Pressepublikationen politischer Natur seitens der Bundesanwaltschaft kein Verfahren ohne ausdrückliche Ermächtigung des Bundesrates eröffnet werden soll»⁶². Nach dieser Niederlage verhielt sich die Bundesanwaltschaft sehr vorsichtig. Als die deutsche Gesandtschaft beim Politischen Departement darauf drängte, dass die Broschüre «Deutschlands Gegenwart und Zukunft» von S. Balder verboten und ihr Autor strafrechtlich verfolgt werden müsse, da er den «Umsturz der gegenwärtigen Regierungsform durch revolutionäre Gewalt» propagierte, riet die Bundesanwaltschaft davon ab. In diesem Fall aber war der vom Deutschen Reich ausgeübte Druck so stark, dass das Politische Departement sich gezwungen sah, aus «politischen Landesinteressen und den internationalen Erfordernissen» ein Strafverfahren einzuleiten, das allerdings am 2. Dezember 1918 eingestellt wurde⁶³. Aber auch die Entente-Mächte übten massiven Druck auf die Schweizer Regierung aus, wenn es darum ging, ihre propagandistischen Interessen zu wahren. Die Intervention der amerikanischen Propagandaleiterin in der Schweiz zugunsten H. Rösemeiers, dessen Ausweisung der Schweizer Bundesrat bereits beschlossen hatte und die er daraufhin sistieren musste, hinterliess in der Schweiz eine sehr lange andauernde Verbitterung⁶⁴.

Die diplomatischen Vertretungen der kriegführenden Länder versuchten immer wieder, durch Beschwerden bei der Presskontrollkommission die Verbreitung missliebiger Publikationen zu unterbinden. Die Presskontrollkommission konnte aus eigener Kompetenz jedoch lediglich gegen Druckerzeugnisse aus dem Ausland durch Ausstellungsverbot, Einziehung, Verbot der unverschlossenen Postsendungen oder Verbot der Ein- bzw. Ausfuhr vorgehen⁶⁵. Bis Mai 1916 verhängte die Kommission den Ausschluss von der

61 Schreiben Adors an den Bundesrat vom 15. 8. 1918: BA (Bern) 27/13777 (Fasz. «Freie Zeitung»).

62 Beschluss des Bundesrates vom 20. 8. 1917: BA (Bern), ebda.

63 Vgl. Schreiben der deutschen Gesandtschaft an das Polit. Dep. vom 4. 4. 1918; Schreiben des Polit. Dep., Innenpolit. Abtlg. vom 6. 5. 1918 an das Justiz- und Polizeidep.; Schreiben der Bundesanwaltschaft an das Justiz- und Polizeidep. vom 14. 6. 1918: BA (Bern) 27/13897, Bd. 5 (Fasz. S. Balder).

64 Vgl. den polemischen Artikel U. Willes: «Die hinterlassenen Aufzeichnungen von Bundesrat Müller und die Wahrung unserer Unabhängigkeit», in: *Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur* 1/1921, H. 9, S. 387f.

65 Bekanntmachung der Presskontrollkommission vom 5. 2. 1917: BA (Bern) 27/13896.

unverschlossenen Postsendung wegen Verstosses gegen die Neutralität in folgenden Fällen⁶⁶:

Ausgabeland	Zeitungsnummern und Flugblätter	Broschüren und Bücher
Deutsches Reich	198	32
Frankreich	209	104
England	15	17
Schweiz:		
a) gegen Deutschland	3	5
b) gegen Entente	–	5

Das Deutsche Reich hatte also keinen Anlass, mit der Tätigkeit der Presskontrollkommission unzufrieden zu sein, auch nicht mit dem Pressbüro des Armeestabs, das der Westschweiz vorwarf, sie habe kein Verständnis dafür, dass «die Eidgenossenschaft rechtlich und tatsächlich gegenüber Deutschland in dem selben Freundschaftsverhältnis steht wie gegenüber Frankreich; und dass es deshalb parteiisch ist, wenn die öffentliche Meinung der Schweiz und deren berufenste Vertreter, die Presse samt ihren Mitarbeitern, sich dazu hergäbe, einen der beiden kriegführenden Staaten feindlich zu behandeln und in Wort und Bild zu denigrieren ...»⁶⁷. Hinter diesem Vorwurf aus der schweizerischen Armee stand aber nicht nur die Sorge um die Neutralität, sondern auch eine unverhüllte Abneigung gegen das «Geschrei von [Demokratie] und [Fédéralisme] ...»⁶⁸. Die Presskontrollkommission konnte – wie auch die Bundesanwaltschaft – ihre Abneigung gegen die deutschen Emigranten nicht unterdrücken. So begründete sie das Vertriebsverbot für E. Blochs Schrift «Schadet oder nutzt Deutschland eine Niederlage seines Militärs?» (Bern 1918) damit, sie enthalte «schwere Beleidigungen des deutschen Volkes und der deutschen Regierung»; sie unterstellte dem Verfasser die Absicht einer «raffinierten, ja perfiden Maskierung seiner Gedanken, doch vermag seine Darstellung bei näherer Prüfung über das wirkliche Ziel der scheinbar lediglich gegen Junker und Militärs gerichteten Angriffe nicht hinwegzutäuschen». Bloch habe einen «krassen Missbrauch mit der ihm erwiesenen Gastlichkeit betrieben»⁶⁹. Die Bundesanwaltschaft sah in ihrer Stellungnahme zu Fernaus Schrift «Gerade weil ich Deutscher bin» das «Widrige an der Schrift» darin, dass sie «die Diskussion in unlauterer Art führt

66 Schweizerische Oberpostdirektion vom 23. 5. 1916 an die Presskontrollkommission: ebda.

67 Pressbüro des Armeestabes an den Chef des Presskontrollbüros am 7. 1. 1915: ebda.

68 Der Kommandant der 3. Division an Dr. Gustav Schneider vom 5. 5. 1916: BA (Bern) ebda.

69 Schreiben der Presskontrollkommission vom 24. 10. 1918: BA (Bern) 27/13892, Bd. 5 (Fasz. Ernst Bloch); zu E. Bloch im Exil vgl. die Einleitung von M. Korol, a.a.O., S. 45–54.

und dass es ein Deutscher ist, der sie so führt»⁷⁰. Zweifellos haben die oft in einer aggressiven Tonart geschriebenen Publikationen der Mitarbeiter der «Freien Zeitung» diplomatische Interventionen der deutschen Gesandtschaft geradezu provoziert; andererseits lässt sich nicht leugnen, dass die schweizerischen Bundesbehörden den deutschen Emigranten mit Unverständnis und Abneigung gegenüberstanden. Die Verlage Orell-Füssli und Payot warfen der Presskontrollkommission deutschfreundliches und damit neutralitätswidriges Verhalten vor. Der Verlag Payot ging in bewusster Opposition gegen die Kommission gar so weit, den Beschluss des Bundesrates vom 22. Januar 1918 zu sabotieren, der die Verlage dazu verpflichtete, je ein Exemplar von nichtperiodischen Schriften der Kommission zur Prüfung zu überlassen. Die Presskontrollkommission, ohnehin erbost über die freche Sprache, die sich Payot «bei Gelegenheit früherer Briefwechsel» ihr gegenüber erlaubt hatte, stellte beim Politischen Departement Strafanzeige; es gehe nicht an, sich «eine Haltung der Firma Payot und Cie., die sich über die gesetzlichen Bestimmungen einfach hinwegsetzt, länger gefallen zu lassen, sondern es sei am Platze, dieser Firma zum Bewusstsein zu bringen, dass das Gesetz auch von ihr Nachachtung verlangt»⁷¹. Die Kommission vermutete zu Recht, dass die Angriffe in der Presse auf ihre Tätigkeit von der Verlagsbuchhandlung Payot ausgingen, die «gegen die Zensur wütet und ihren Zorn wiederholt in polternden Schreiben an unsere Kommission Ausdruck gab». Die Kommission bezog sich dabei auf einen gleichlautenden Artikel in «Der Grütliener», in «La Suisse» und in «Der Friede», in dem die Auflösung der Presskontrollkommission gefordert wurde: «Wir haben ein Asylrecht für politische Flüchtlinge, es ist logisch, es ist demokratisch und gerecht, dieses Asylrecht auch auf die literarischen Erzeugnisse auszudehnen. Unsere Zensur ist in der heutigen Form überflüssig. Kein anderer neutraler Staat besitzt eine Zensur nach Schweizer Muster»⁷².

Der «Freien Zeitung» warf die Presskontrollkommission ein grundsätzlich «neutralitätswidriges Verhalten» vor: «Die fortgesetzten Angriffe, die Ihr [unabhängiges Organ für demokratische Politik] gegen den deutschen Kaiser führt, machen es uns zur Pflicht, Sie auf die Vorschriften unserer Ordnung betr. die Massnahmen der Presskontrollkommission ... aufmerksam zu machen»⁷³. Im Februar 1918 drohte sie bei weiteren Verstössen gegen die Neu-

70 Schweiz. Bundesanwaltschaft an das Justiz- und Polizeidep. vom 4. 4. 1917: BA (Bern) 27/13892, Bd. 3 (Fasz. H. Rösemeier).

71 Presskontrollkommission an Orell-Füssli vom 16. 5. 1916: BA (Bern) 27/13896: «An den Vorwurf der Parteilichkeit in ihren Verfügungen ist die Presskontrollkommission nachgerade gewöhnt»; Presskontrollkommission an das Polit. Dep. über Payot vom 26. 4. 1917: BA (Bern) 27/13892, Bd. 5 (Fasz. R. Grelling).

72 Presskontrollkommission an Bundesrat Hoffmann vom 10. 6. 1916: BA (Bern) 27/13896.

73 Presskontrollkommission an die «Freie Zeitung» vom 2. 8. 1917: BA (Bern) 27/13777 (Fasz. «Freie Zeitung»); hier auch die Antwort der Zeitung an die Presskontrollkommission vom 6. 8. 1917, in der sie ihre Kritik als «durchaus im Rahmen der demokratischen Meinungsfreiheit» verteidigte.

tralitätsbestimmungen mit einem Verbotsantrag beim Bundesrat⁷⁴, obwohl Bundesrat Ador im August 1918 die «Freie Zeitung» gegenüber der Bundesanwaltschaft verteidigt hatte. Die Abneigung der Presskontrollkommission gegenüber der «Freien Zeitung» kam in einem Schreiben an den Bundespräsidenten zum Ausdruck, in dem sie bedauerte, nicht energischer gegen die Zeitungen vorgehen zu können: «Wie so viele andere Produkte dieses Blattes gehören auch die (von der deutschen Gesandtschaft) inkriminierten Äusserungen zu denen, die, so unangenehm sie anrühren und vom Standpunkt unserer internationalen Beziehungen aus nur bedauert werden können, keine Handhabe zum Einschreiten geben»⁷⁵. Ärger bei den schweizerischen Behörden und Proteste von seiten der deutschen Gesandtschaft bewirkte die Zusendung der «Freien Zeitung» an die in der Schweiz internierten deutschen Offiziere und Soldaten, obwohl auch deutsches Propagandamaterial an Internierte aus den kriegführenden Staaten versandt wurde. Seit Frühjahr 1918 nahm die Zahl «der an Internierte versandten Propagandaschriften ... mit jedem Tag zu und ruft Reklamationen von allen Seiten hervor»⁷⁶. Eine Briefzensur, die von der deutschen Gesandtschaft gefordert wurde⁷⁷, war zwar bei offenen Briefzustellungen denkbar; bei individueller Adressierung war eine Zensur jedoch nur «in bestimmten begründeten Fällen ... in Form einer disziplinarischen Massregel» möglich⁷⁸. Die «Freie Zeitung» wurde «in immer grösserem Mass» versandt. Der deutschen Gesandtschaft lagem im Juni 1918 «neue Meldungen vor aus Chur, Davos und Klosters, denen ganze Stösse von Belegexemplaren beigelegt waren. Nach einer Meldung aus Chur wird dort die Zeitung vor allem an Internierte geschickt, deren Heimshaffung bevorsteht». Die deutsche Gesandtschaft protestierte heftig gegen die «Versuche zu revolutionärer Verhetzung»⁷⁹. Die «Freie Zeitung» kannte also nicht nur die Adressen der Internierten, sondern verfügte auch über Informationen, zu welchem Zeitpunkt deutsche Internierte wieder nach Deutschland zurückkehrten. Diese Propaganda, die mit der Neutralität der Schweiz nicht zu vereinbaren war, stiess auch auf Widerspruch des Generals Wille und des Bundespräsidenten⁸⁰.

74 Presskontrollkommission am 7. 2. 1918 an das Polit. Dep.: ebda.

75 Presskontrollkommission am 5. 9. 1918 an den Bundespräsidenten: ebda.

76 Schreiben des Hauptquartiers der Schweizer Armee an die Kommandanten der Internierungsregionen vom 3. 4. 1918: BA (Bern) 27/13894.

77 Deutsche Gesandtschaft an das Polit. Dep. / Abtlg. für Auswärtiges vom 20. 6. 1918: ebda.

78 Eidgenössische Armee-Armeestab / Kriegsgefangenen-Internierung an Polit. Dep., Abtlg. für Vertretung fremder Interessen und Internierung vom 10. 8. 1918: ebda.

79 Dt. Gesandtschaft an das Polit. Dep. / Abtlg. für Auswärtiges am 20. 6. 1918: ebda.

80 General Wille an den Bundespräsidenten am 14. 6. 1918 und Antwort des letzteren am 27. 6. 1918 (als Kopie: ebda.); der Bundespräsident schrieb von «unlauterer Propaganda» der «Freien Zeitung», sprach sich aber entschieden aus gegen die Einführung einer Zensur, «die von gewisser Seite gewünscht werde».

Die «Freie Zeitung» und ihre Mitarbeiter verstießen – im Gegensatz zur Zurückhaltung der «Friedenswarte» und ihrer Autoren – wahrscheinlich bewusst gegen die schweizerischen Neutralitätsbestimmungen und betrieben auch eine gezielte Propaganda. Damit konnten sie zwar auf Unterstützung vor allem in der welschen Schweiz rechnen, machten sich aber bei den schweizerischen Bundesbehörden unbeliebt, die ohnehin wenig Verständnis für die lautstarke Emigrantengruppe zeigte. Diese Abneigung, die aus den Stellungnahmen und Kommentaren von Bundesanwaltschaft und Presskontrollkommission deutlich hervorgeht, kann man auch beim schweizerischen Militär und zumindest vereinzelt bei Politikern und Diplomaten feststellen. Allerdings lässt sich diese Haltung gerade bei Militärs, Politikern und Diplomaten nicht einfach auf eine unreflektierte Sympathie für Deutschland zurückführen. Der Oberbefehlshaber der schweizerischen Armee, General Wille, war davon überzeugt, dass «Deutschland aus diesem Krieg siegreich hervorgehen werde»⁸¹; ebenso hat Bundesrat Hoffmann von Anfang an «an den Sieg Deutschlands geglaubt»⁸². Durch den Glauben an die Unbesiegbarkeit des Deutschen Reiches und die daraus entspringende Sorge um die Sicherheit der Schweiz erhielten die Sympathien für Deutschland den Anschein sachlicher Erwägungen. Diese Sorge schien auch nicht unbegründet zu sein, wie die Vorgänge nach der Entlassung von Bundesrat Hoffmann und nach der Ernennung des als ententefreundlich geltenden J. Ador zu dessen Nachfolger im Juli 1917 zeigen. Das Auswärtige Amt erhielt Informationen, denen zufolge Ador angeblich mit «zielbewusster Zähigkeit» darum bemüht sei, eine Politik zugunsten der Entente zu verfolgen und durch seine Freunde die Stellung des Oberbefehlshabers und des Generalstabschefs der schweizerischen Armee zu unterhöhlen. Es sei deshalb «unbedingt erwünscht, dass Herr Ador am 1. Januar (1918) ausscheidet. Sein Verbleiben wäre gleichbedeutend mit dem Abmarsch der Schweiz in das Lager der Entente»⁸³. Gleichzeitig setzte in der deutschen Presse eine Kampagne ein, in der die Neutralität der Schweiz in Frage gestellt wurde⁸⁴. Bundesrat Ador – er gab im Januar 1918 die Leitung des Politischen Departements tatsächlich ab – wies den Gesandten in Berlin an, er möge die «Beweggründe der Kampagne gegen ihn aufklären und auch die absolute Loyalität der Schweiz betonen»⁸⁵. Der

81 Brief General Willes an Bundesrat Hoffmann vom 20. 7. 1915, abgedruckt bei: H. BÖSCHENSTEIN, «Bundesrat und General im Ersten Weltkrieg», in: *Schw. Zschr. f. Geschichte* 1960, Zitat S. 520.

82 E. BOVET, «Der Zusammenbruch eines Systems», in: *Wissen und Leben* 18/1917, S. 375.

83 Bericht eines Vertrauensmannes über eine 6wöchige Reise in die Schweiz vom 11. 9. 1917: AA/PA (Bonn); Geheime Acten betr. Beziehungen der Schweiz zu Deutschland. Schweiz Nr. 58. Geheim. Bd. 2.

84 Vgl. «Der Bund» vom 16. 10. 1917, S. 1.

85 Telegramm Adors an die Schweizer Gesandtschaft vom 21. 10. 1917: BA (Bern) 27/13893, Bd. 1. – Der deutsche Gesandte von Romberg vermerkte bei Ador ein «uns wenig wohlwollendes, dabei aber ungeschicktes Verhalten» (Polit. Bericht vom 13. 3. 1918) und bezeichnete Ador als

Schweizer Gesandte berichtete nach Bern, man habe in der Reichshauptstadt den Eindruck, dass «sowohl ein Teil der schweizerischen Presse als auch die neu gegründete [Freie Zeitung] ungestraft gegen die Mittelmächte in schärfster Weise Propaganda treiben dürfen, während man Blätter, die der Entente unbequem seien, unnachsichtig behandle ... Die Formulierung verriet eine gewisse Gereiztheit»⁸⁶. Der Schweizer Gesandte – noch Mitte 1918 ebenfalls davon überzeugt, dass Deutschland nicht besiegt werden könne – riet dringend dazu, die Entente- und Zentralmächte «ohne Rücksicht auf allfälliges politisches Geschrei in der Schweiz» in der Pressefrage gleich zu behandeln, andernfalls bestünde die Gefahr, dass massgebliche deutsche Kreise, deutsche Angestellte, die Presse und die Öffentlichkeit nach dem Kriege Genugtuung fordern könnten. Man müsse deshalb dem «neutralitätswidrigen Verhalten gewisser schweizerischer Kreise mit eiserner Faust Einhalt» gebieten⁸⁷.

Es ist kaum wahrscheinlich, dass man im Auswärtigen Amt ernsthaft damit rechnete, die Schweiz könne offen in das Lager der Entente überwechseln. Allerdings gaben das Schwinden des deutschen Ansehens in der Schweiz, die Folgen der Neutralitätsdiskussion und die Aktivitäten der deutschen Emigranten – vor allem im Zusammenhang mit der wachsenden Opposition pazifistischer und sozialistischer Gruppen in Deutschland selbst – Anlass zur Besorgnis. Die für Oktober 1917 angesagte Konferenz des Anti-Oorlog-Raades in Bern beunruhigte die politische und militärische Führung in Deutschland erheblich, wie die Beratungen im Berliner Kriegsministerium über die Erlaubnis zur Ausreise für deutsche Konferenzteilnehmer zeigen. Vor allem die Teilnahme Fr. W. Foersters an der Konferenz des als deutschfeindlich eingestuften Anti-Oorlog-Raades stiess wegen dessen Parteinahme für Fürst Lichnowsky und der Kontakte zu Prinz Hohenlohe auf Bedenken⁸⁸. Geradezu gefährlich erschien die Tatsache, dass von Fr. W. Foerster aus «offenbar sehr viele Fäden in das neutrale und feindliche Ausland führen. Man könnte fast Foerster und de Jong (Generalsekretär des Anti-Oorlog-Raades; d. Verf.) als die Zentralstellen bezeichnen, die den internationalen Verkehr des Pazifismus von und nach Deutschland vermitteln».

Ludwig Quidde stelle wegen seiner Verbindung mit Walter Schücking, mit Prinz Hohenlohe und österreichischen Pazifisten eine weitere Gefahr dar. Als «sonstige offenbar mit der Friedensbewegung im deutschfeindlichen

«Intrigant schlimmster Sorte» (Polit. Bericht vom 24. 5. 1918): AA/PA (Bonn), Schweiz Nr. 49, Bd. 21 (Allgemeine Angelegenheiten der Schweiz).

86 Polit. Bericht der Schweizer Gesandtschaft vom 4. 12. 1917: BA (Bern) E 2300 Berlin 18.

87 Polit. Bericht der Schweizer Gesandtschaft vom 19. 1. 1918 und vom 26. 1. 1918: BA (Bern) E 2300 Berlin 19, Bd. 1.

88 Protokoll der Sitzung vom 21. 9. 1917 im Berliner Kriegsministerium: AA/PA (Bonn), WK-2d-Nr. 1; Die Berner Konferenz, Bd. 1.

Sinne in Zusammenhang stehende Personen» wurden noch Helene Selenka, Arno Hoffmann, Hans Wehberg und Prinz Hohenlohe genannt⁸⁹. Während der Beratungen im Kriegsministerium entstand ein Memorandum, das zum Problem der «pazifistischen Bewegung überhaupt» bemerkenswerte Überlegungen festhielt⁹⁰. Der anonyme Verfasser der Denkschrift befasste sich zunächst ebenfalls mit Fr. W. Foerster, für dessen politische Gesinnung symptomatisch sei, dass er gelegentlich Artikel für die «Freie Zeitung» verfasse, in der «die fanatischen Gegner des [Preussisch-Deutschen Militarismus], die eingeschworenen Feinde der Dynastie Hohenzollern, die rücksichtslosesten Verfechter der Idee einer radikalen deutschen Republik, Leute wie Rösemeier, Fernau, Stilgebauer nicht ohne Unterstützung durch die Entente ihr Handwerk treiben»⁹¹. Den Einfluss des Pazifismus wertete die Denkschrift als «z. Zt. ausserordentlich. Er zeigt sich auch bereits in öffentlichen amtlichen Kundgebungen. Bisher hat sich aber der Pazifismus nur in einem für Deutschland ungünstigen Sinne geltend gemacht. Besonders ist dies in der belgischen und elsass-lothringischen Frage erkennbar. Bei der Bedeutung des Pazifismus kann die Reichsleitung ihn nicht unbeachtet lassen. Ob sie ihn hindern, gewähren lassen oder fördern soll, hängt letzten Endes von der Frage ab, was die Reichsleitung von dem Friedensschluss erhofft und erstrebt»⁹². Die Konferenz des Anti-Oorlog-Raades fand vom 19. bis 22. November 1917 in Bern statt. Vorsitzender war Nationalrat Scherrer-Füllemann; als Generalsekretär fungierte der Holländer de Jong. Aus Deutschland nahmen – neben den Politikern Eduard Bernstein, Matthias Erzberger, Georg Grotheim und Wolfgang Heine – auch die Pazifisten Ludwig Quidde, Walter Schücking und Helene Stöcker teil⁹³. Mitglied der Delegation war auch Dr. Ludwig Herz, Amtsgerichtsrat aus Berlin und offensichtlich Vertrauensmann des Auswärtigen Amtes, der in einem Bericht über die Konferenz feststellte: «Unsere Sache wird in der Schweiz durch einige dort lebende Deutsche sehr geschädigt, die unter dem Deckmantel einer demokratischen Zeitschrift, eine in Wahrheit deutschfeindliche Zeitung herausgeben, die Freie Zeitung oder so ähnlich. An dieser antideutschen Propaganda sind auch die Herren Stilgebauer und Grelling beteiligt. Ich möchte annehmen, dass es möglich sein sollte, letztere unmöglich zu machen»⁹⁴. Bereits im Juli 1917 war das Auswärtige Amt davon unterrichtet

89 Protokoll der Sitzung vom 23. 9. 1917 im Berliner Kriegsministerium: ebda.

90 Denkschrift «Der Pazifismus», ohne Verf., ohne Datum: ebda.

91 Ebda., S. 6.

92 Ebda., S. 7.

93 Vgl. L. Quidde, *Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges 1914–1918*, hg. v. K. HOLL, unter Mitwirkung von H. DONAT. Boppard 1979, S. 163.

94 Bericht des Dr. Ludwig Herz, Amtsgerichtsrat aus Berlin Teil II, S. 5: AA/PA (Bonn), WK-2d-Nr. 1, Bd. 4 (Die Berner Konferenz der Internationalen Vereinigung für einen dauernden Frieden).

worden, dass deutsche Kreise in der Schweiz ihre Hoffnung auf eine Revolution in Deutschland setzten, über deren «Symptome sie aufmerksam wachen. Ihre Stellung zu den Ereignissen wird nicht durch Überläufer vom Schlage Rösemeier, Grumbach und ähnliche bestimmt, sondern durch ein stark ideologisch ausgeprägtes Verhältnis zu den Problemen unserer Zeit»⁹⁵. Diese etwas vagen Andeutungen werden bestätigt und ergänzt durch einen Bericht über die «Stimmung in der Schweiz» vom Ende August 1917⁹⁶. Während die Publikationen H. Rösemeiers, H. Fernaus, K. L. Krauses oder B. Siegers – alle Mitarbeiter der «Freien Zeitung» – ohne «beachtenswerte Wirkung» geblieben seien, habe sich während der Kriegsjahre eine «Art Literatur» herausgebildet, deren Bedeutung sich erst allmählich gezeigt habe und die «nunmehr ein umfassendes System herausbildet, das die ideelle Grundlage für die Bekämpfung Deutschlands liefert. Die ersten Bestrebungen in diese Richtung gingen von pazifistischen Blättern wie [Friedenswarte] und [Mouvement pacifiste] aus». Der Bericht ging auf die Bedeutung der Zeitschrift «Wissen und Leben» und auf die von Nippold, Bovet und Ragaz massgeblich geprägte Neutralitätsdiskussion ein, auf den Einfluss deutscher Intellektueller und Literaten in der Schweiz, die sowohl über die deutschsprachige Presse und «noch mehr in der französischen Presse der Westschweiz» ihre Vorstellungen verbreiten konnten. Es lässt sich nachträglich kaum mehr feststellen, ob die propagandistischen Aktivitäten der «Freien Zeitung» tatsächlich so wirkungslos waren, wie hier behauptet wurde. Es gibt immerhin Hinweise, dass sowohl die deutsche Gesandtschaft in Bern als auch das Auswärtige Amt in Berlin die «Freie Zeitung» als ernsthaften Gegner einschätzten. Die deutsche Gesandtschaft reichte regelmässig Beschwerden bei den zuständigen Schweizerischen Stellen gegen die Zeitung ein. Deutschfreundliche Schweizer reagierten auf die «Freie Zeitung» mit der Gründung einer Gegenzeitschrift, die sich «Das Freie Wort» nannte. Das Blatt erreichte eine Auflage von 10 000 Exemplaren und war der Entente offensichtlich unangenehm. Die Reichsregierung unterstützte den schweizerischen Nationalrat Graf (Bülach) mit monatlich 1000.– Franken, der «in seiner Druckerei mit Aufwand von 10 000.– frs. aus eigenen Mitteln den Vertrieb und Druck des Blattes [Das Freie Wort] als Abwehr gegen die [Freie Zeitung] unternommen hatte, und dem von englischer Seite 18 000.– frs. angeboten wurden, falls er das Blatt eingehen lasse oder in deutsch-feindlichem Sinne umgestalte»⁹⁷. Dennoch dürfte die demokratisch-pazifistische Emigrantengruppe um die «Friedenswarte» durch ihre enge Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Friedensgesellschaft, mit der schweizerischen

95 Bericht über eine amtliche Reise in die Schweiz: «Die linksradikalen politischen Kreise in der Schweiz»: AA/PA (Bonn), WK-Sozialisten, Bd. 1.

96 Abgedruckt in: H. THIMME, a.a.O.

97 Nichtoffizielle Nachricht des Generalstabs an die Gesandtschaft Bern: AA/PA (Bonn), WK-Secr. 11a, Schweiz Ie, Bd. 1 (Deutschfeindliche Propaganda in der Schweiz).

Reformbewegung und durch ihre internationalen Beziehungen mehr bewirkt haben als die «Freie Zeitung». Die deutsche Gesandtschaft glaubte zwar noch im Juni 1918 dem Einfluss der deutschen Emigranten mit der Einstellung eines «besonderen Referenten für sozialistische und pazifistische Angelegenheiten» entgetreten zu können, um die Stimmung in der Schweiz beeinflussen und dem sich abzeichnenden «unhaltbaren Zustand» entgegenwirken zu können⁹⁸. Als aber im August 1918 die militärische Situation des Deutschen Reiches geradezu hoffnungslos aussah, erkannte man auch in der deutschen Gesandtschaft – sie stand durch den Militärattaché von Bismarck unter Ludendorffs Einfluss⁹⁹ – die Notwendigkeit, vor allem «aus propagandistischen Gründen» eigene Vorstellungen über eine «Liga der Nationen» zu entwickeln: «Ich halte eine positive Behandlung der Völkerbundsprobleme von amtlicher Seite ... auch deshalb für sehr wichtig, weil wir den Pazifisten und Sozialisten, die bisher das Gebiet der Völkerbundsprobleme als ihre alleinigen Jagdgründe betrachten, den Wind bis zu einem gewissen Grade aus den Segeln nehmen, und die Bestrebungen in ein uns genehmes Fahrwasser bringen können»¹⁰⁰.

Exakte und zuverlässige Angaben über die Auflagenhöhe der «Freien Zeitung» fehlen; sie schwanken zwischen 14 000 und 50 000 Exemplaren¹⁰¹. Unter den zahlreichen Mitarbeitern der «Freien Zeitung» befanden sich auch zwei namhafte schweizerische Publizisten, die während des Ersten Weltkrieges die deutsch-freundliche Haltung der Ostschweiz kritisierten. C. A. Loosli warf der deutschsprachigen Schweiz blinde Bewunderung der «organisierten, imperialistischen, deutschen Macht» vor; die Bundesanwaltschaft und die Polizei beschuldigte er, im Dienst «ausländischer Regierungen und Gesandtschaften zu stehen» – eine Anspielung auf die Vorgänge um die «Freie Zeitung» im August 1917¹⁰². S. Zurlinden, ehemals Redakteur bei der «Zürcher Freitagszeitung» und Autor eines dreibändigen Werkes über den Weltkrieg¹⁰³, publizierte von Mai 1917 bis Januar 1918 insgesamt zwölf Artikel in der «Freien Zeitung». Ebenso wie C. A. Loosli lehnte er die Machtpolitik des Deutschen Reiches ab und kritisierte wie schon L. Ragaz den Einfluss der deutschen Kriegstheologie auf schweizerische Pfarrer und

98 Notiz eines Gesandtschaftsreferenten an den deutschen Gesandten vom 14. Juni 1918: AA/PA (Bonn), WK-Akten der kaiserlichen Gesandtschaft Bern, Handakten Bd. 2.

99 Der Schweizer Gesandte in seinem politischen Bericht vom 15. Mai 1918 informierte darüber, man «habe im Auswärtigen Amt das Gefühl, er (d.h. von Bismarck; d. Verf.) vertrete mehr die Interessen der Obersten Heeresleitung als diejenigen des Auswärtigen Amtes. Insbesondere soll Ludendorff einen grossen Einfluss auf von Bismarck (und durch ihn auf von Romberg?) haben.» S. BA (Bern) E 2300 Berlin/19.

100 Notiz von Renthe-Fink vom 26. 8. 1918 an Tattenbach (Gesandtschaft Bern): AA/PA (Bonn), WK-Akten der kaiserlichen Gesandtschaft Bern, Pazifismus I, II.

101 M. KOROL, a.a.O., S. 39.

102 C. A. LOOSLI, *Ausländische Einflüsse in der Schweiz*. Zürich 1917, S. 44.

103 Vgl. P. ALEMANN, a.a.O., S. 122.

Theologen¹⁰⁴. Es ist aber auffällig, dass gerade massgebliche Mitarbeiter der «Freien Zeitung» wie H. Ball, E. Bloch, H. Rösemeier oder K. L. Krause in jenen meinungsbildenden Organen, die – wie die «Neue Zürcher Zeitung» oder «Wissen und Leben» – für eine moralische Ausrichtung der schweizerischen Neutralität eintraten, nicht zu Wort kamen. Ebenso scheuten sich die Exponenten der Neutralitätsdiskussion wie L. Ragaz, E. Bovet und – zumindest bei Kriegsende – O. Nippold, in der «Freien Zeitung» zu publizieren. Nippold warf zudem der «Freien Zeitung» vor, sie bewege sich «geistig auf mässigem Niveau und verfüge über keine namhaften Mitarbeiter»¹⁰⁵. Da sachliche Differenzen nicht bestanden, kann nur die Verbindung der Zeitung mit der Entente eine ähnliche Zusammenarbeit wie mit dem Kreis um die «Friedenswarte» verhindert haben.

Die enge Verbindung der «Freien Zeitung» mit der Entente, aber auch die nicht immer einwandfreien journalistischen Methoden ihrer Mitarbeiter führten dazu, dass die demokratisch-pazifistische Emigrantengruppe um die «Friedenswarte» sich von der «Freien Zeitung» distanzierte. Bereits in ihrer ersten Ausgabe vom 14. April 1917 hatte die «Freie Zeitung» die Schriftstellerin Annette Kolb (1870–1967) verärgert, die sich seit dem 1. Februar 1917 in der Schweiz aufhielt und mit A. H. Fried, R. Schickele und R. Rolland befreundet war. Die «Freie Zeitung» veröffentlichte die nicht autorisierte Übersetzung eines offenen Briefes von A. Kolb, der im «Journal de Genève» am 5. April unter der Überschrift «La lettre d'une Allemande» erschienen war. Da der «gehässige» Tonfall der Übersetzung den Charakter des offenen Briefes verfälschte, legte A. Kolb öffentliche Verwahrung ein; sie wurde dabei nicht nur von R. Schickele sondern auch von S. Grumbach unterstützt¹⁰⁶. Nach dem Ersten Weltkrieg sprach A. Kolb nur mit Verachtung von A. Feller, der als zeitweiliger Herausgeber der «Freien Zeitung» für den Abdruck der Briefe verantwortlich war, und von H. Schlieben, dem Organisator der Zeitung, der sie als angebliche Mitarbeiterin der deutschen Propaganda verleumdet hatte¹⁰⁷. Auch H. Fernau, zunächst engagierter Mitarbeiter der «Freien Zeitung», zog sich bereits 1917 wegen der ententefreundlichen Haltung des Blattes zurück¹⁰⁸. Es gab aber auch einen prinzipiellen Gegensatz zwischen beiden Emigrantengruppen, der eine Zusammenarbeit verhinderte. Die Emigrantengruppe um die «Friedenswarte» vertrat die Auffassung, dass jede Möglichkeit genutzt werden müsse, den Krieg zu beenden. Damit befand sie sich in Übereinstimmung mit dem Anti-Oorlog-Raad; deshalb unterstützte sie auch die Friedensaktion Papst Benedikts XV. im

104 S. ZURLINDEN, *Der Weltkrieg, vorläufige Orientierung von einem schweizerischen Standpunkt aus*. Bd. 1, Zürich 1917, S. 467.

105 O. NIPPOLD, .

106 Vgl. D. RAUHENHORST, *Annette Kolb. Ihr Leben und Werk*. Freiburg (Schweiz) 1969, S. 36ff.

107 Ebda., S. 37 (über A. Fellner) und S. 32 (über H. Schlieben).

108 Vgl. L. WIELAND, H. FERNAU, in: *Die Friedensbewegung*, S. 113.

August 1917. Die «Freie Zeitung» dagegen verwarf in Übereinstimmung mit der Entente diese Position und forderte die Fortsetzung des Krieges «jusqu'au bout», bis zum Sieg über Deutschland und bis zum Sturz des herrschenden Regimes, da nur dadurch in Deutschland eine demokratische Ordnung zu erreichen sei. Beide Positionen waren unvereinbar und führten zu heftigen Auseinandersetzungen. Sie fanden ihren Höhepunkt in dem leidenschaftlichen Plädoyer Stefan Zweigs, nicht um der Ideen wegen weiterhin das Leben von Menschen geringzuschätzen: «Keine Idee ist eine Wahrheit, aber jeder einzelne Mensch ist eine ganze Wahrheit.» Gegen diese humanistisch motivierte Absage an den Krieg und den Jusqu'aboutismus argumentierte E. Bloch sowohl politisch als auch idealistisch; für ihn war der «Mensch» kein «beliebig wiederherstellbares Phänomen, sondern durchaus eine Idee, nur im ungebrochenen Zusammenhang mit anderen, ihn erzeugenden Ideen existent»¹⁰⁹, weshalb eben der Krieg gegen das feudalistische Deutschland um der demokratischen Idee willen bis zum Ende geführt werden müsse. Der Versuch W. Muehlons im Juli 1918, die beiden Emigrantengruppen zusammenzuführen, scheiterte.

Vertrieb und Versand der «Freien Zeitung» waren im Deutschen Reich verboten, obwohl die Gruppe um die «Freie Zeitung» keine Versuche unternahm, mit der politischen Opposition in Verbindung zu treten: «Mit der SPD hatten sie wegen deren Burgfrieden gebrochen; der USPD traten sie auch nach dem Kriege nicht bei, den Bolschewiki trauten sie nicht. Selbst eine Verständigung mit denen war ihnen unmöglich, die aus dem gleichen Hause kamen wie sie, den bürgerlichen Pazifisten.»¹¹⁰ Dieser Verzicht auf eine politische Basis in Deutschland steht in einem grotesken Verhältnis zu dem Anspruch, die politische Entwicklung in Deutschland beeinflussen oder gar – durch die Aufstellung einer Regierungsliste – bestimmen zu wollen¹¹¹. Die Anerkennung und Wertschätzung der persönlichen Integrität der Mitarbeiter der «Freien Zeitung» darf nicht dazu führen, ihren politischen Dilettantismus zu ignorieren¹¹². Die «Freie Zeitung» konnte zwar auf die Sympathie der welschen Schweizer Presse und auf Unterstützung aus Frankreich bauen, isolierte sich aber doch weitgehend durch ihren vorbehaltlosen Anschluss an die Entente selbst. Ihr kämpferisch-parteilicher Charakter stellte zudem für die Neutralitätspolitik in der Schweiz eine Belastung dar. Die demokratisch-pazifistische Emigrantengruppe um die von Fried herausgegebene «Friedenswarte» dagegen respektierte und anerkannte die schweizerische Neutralität, verfügte über enge Beziehungen zum Anti-Oorlog-Raad und zur

109 Vgl. Stefan Zweigs Artikel «Die Entwertung der Ideen» in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 4. 8. 1918 und Ernst Blochs Antwort «Mensch und Idee» in der «Freien Zeitung» vom 14. 8. 1918, wieder abgedruckt in: M. Korol, a.a.O., S. 306–314.

110 M. KOROL, a.a.O., S. 27.

111 Ebda., S. 55.

112 Dieser Einwand gilt den Arbeiten von W. Alff und L. Wieland.

Zentralkommission für einen dauerhaften Frieden, stand in Verbindung mit der schweizerischen Friedens- und Reformbewegung und pflegte weiterhin Kontakt mit pazifistischen Gruppen in Deutschland. Deshalb schätzte man im Auswärtigen Amt wohl zu Recht die propagandistische Wirksamkeit dieser Koalition auf «das liberale Bürgertum und einen grossen Teil der sozialdemokratischen Mehrheit» höher ein als Schriften der Mitarbeiter der «Freien Zeitung» und die Zeitung selbst, da sie «im wesentlichen nur die bekannten Schlagwörter der Entente wiederholen und nichts anderes besagen, als was dem deutschen Publikum bereits aus den in der deutschen Presse veröffentlichten Darlegungen feindlicher Staatsmänner und Regierungen bekannt ist»¹¹³.

Auf die Entwicklung im Deutschen Reich nach dem Ersten Weltkrieg hatten die Emigranten keinen Einfluss. Die von A. H. Fried gegründete «Friedenswarte» erschien seit 1919 wieder in Deutschland und wurde nach seinem Tod von L. Quidde, W. Schücking und H. Wehberg erfolgreich weitergeführt. Versuche, die «Freie Zeitung» im Deutschen Reich fortzusetzen, scheiterten. Doch trotz ihrer Wirkungslosigkeit sind die deutschen Emigranten Zeugen für eine demokratische Tradition, an die erst in jüngster Zeit¹¹⁴ wieder erinnert wurde. Darüber hinaus darf man nicht vergessen, dass die deutschen Emigranten in der Schweiz dazu beigetragen haben, die Fragwürdigkeit eines formalen Neutralitätsbegriffes zu erkennen und ein an freiheitlicher Tradition und republikanischen Tugenden orientiertes Neutralitätsverständnis durchzusetzen. Damit ist die deutsche Emigration während des Ersten Weltkrieges auch ein Bestandteil der schweizerischen Geschichte.

113 In: H. THIMME, a.a.O., S. 252.

114 Vgl. die Aufsätze von W. BENZ, W. ALFF und L. WIELAND.